

Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt

Beispiele und Argumente für die Ausarbeitung
von Reden für die politische Diskussion

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland treffen am 5. Oktober eine Entscheidung, die unseren Weg für den Rest dieses Jahrhunderts und weit darüber hinaus bestimmt. Der Philosoph Carl-Friedrich von Weizsäcker hat die achtziger Jahre als das gefährlichste Jahrzehnt bezeichnet, das wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erleben werden. Dies gilt für Frieden und Freiheit nach innen, dies gilt für Frieden und Freiheit nach außen.

Entscheidung um die Zukunft

Bei der Wahl geht es um diese grundlegenden Weichenstellungen:

- einen Frieden in Freiheit oder einen Frieden unter sowjetischen Bedingungen;
- soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, sichere Energieversorgung und wirtschaftliches Wachstum im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft oder soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Energiekrise und wirtschaftlichen Stillstand im Rahmen einer staatlich kontrollierten sozialistischen Verwaltungswirtschaft;
- Förderung der Familien, gesicherte bruttolohnbezogene dynamische Rente oder Benachteiligung der Familien und Gefährdung der Alterssicherung durch eine sozialistische Einheitsrente;
- Sicherung der Zukunft durch einen Fortschritt mit menschlichem Gesicht oder Gefährdung der Zukunft durch eine blinde Fortschrittsfeindlichkeit;
- Sicherung von Frieden und Freiheit im freiheitlichen Rechtsstaat oder bürokratische Gängelung der Bürger im SPD-Staat.

Diese Alternativen werden wir den Bürgern in einem harten, aber fairen Wahlkampf deutlich machen.

Dabei treten wir mit dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß vor den Wähler, der zu den Baumeistern des modernen Deutschland gehört. Seine Mannschaft repräsentiert überzeugend das breite Spektrum einer Volkspartei. Wir lassen uns auch durch die Verleumdungskampagne der SPD gegen Franz Josef Strauß nicht davon abbringen, in diesem Wahlkampf die großen Zukunftsfragen zu diskutieren. Die SPD will den Bürgern einreden, es gehe bei der Bundestagswahl 1980 um Krieg und Frieden; die SPD tut so, als könnte nur sie den Frieden garantieren.

Wie aber sieht die Wahrheit aus?

Hätten die Sozialdemokraten in den ersten zwanzig Jahren die Bundesrepublik Deutschland regiert, dann gäbe es heute keine deutsche Mitgliedschaft in der NATO, dann gäbe es heute keine Europäische Gemeinschaft, dann gäbe es heute keinen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, dann hätten wir in der Tat eine andere Republik. Eine Republik, ganz sicher mit weniger Frieden und mit weniger Freiheit.

Und was den inneren Frieden anbetrifft: Die CDU/CSU, nicht die SPD, hat den sozialen Frieden auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen:

- es war die CDU/CSU, die Mitbestimmung in der Wirtschaft eingeführt hat;
- es war die CDU/CSU, die die bruttolohnbezogene dynamische Rente eingeführt hat;
- es war die CDU/CSU, die die Wohnungsbau- und Sparförderung durchgesetzt hat;
- es war die CDU/CSU, die alle wesentlichen Grundlagen für unseren Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen hat.

An diesen Leistungen werden wir nach dem 5. Oktober anknüpfen.

Frieden und Freiheit nach außen

Afghanistan

Die militärische Invasion in Afghanistan hat deutlich gemacht, daß die Sowjetunion nicht davor zurückschreckt, ihre Machtausweitung auch mit Waffengewalt zu betreiben. Man kann sich nun auf den Standpunkt stellen — wie der Bundeskanzler es tut — Spannung in Afghanistan und Entspannung in Europa hätten nichts miteinander zu tun.

Realistische Entspannung

Dem hält die CDU entgegen: Entspannung ist unteilbar. Wir leben in Deutschland nicht auf einer Insel, wo es uns nichts angeht, was ein paar tausend Kilometer weiter geschieht. Spannung im Mittleren und Fernen Osten bedeutet auch Spannung in Europa.

Entspannungspolitik setzt ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte zwischen Ost und West im weltweiten Rahmen voraus. Jedes Ungleichgewicht zu Lasten des Westens nutzt die Sowjetunion rücksichtslos zur Durchsetzung ihrer eigenen Machtinteressen aus.

Die angesehene Schweizer Zeitung „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb Ende Mai in einem Artikel über das atlantische Bündnis von Ursachen des westlichen Zerfalls und benannte ausdrücklich die deutsche Außenpolitik,

„die — auf den Spuren Brandts und unter dem Druck einer bis in das Entscheidungszentrum hineinreichenden sozialistischen Linken — seit einiger Zeit nun auch unter Bundeskanzler Schmidt ihre ehemals deutlichen, entschieden atlantischen Konturen wieder eher verwischt“.

(„NZZ“, 25./26. Mai 1980)

Dies ist eine Stimme. Andere reden von einer Moskau-Fraktion innerhalb der SPD. Sie denken dabei an Kräfte,

— die für die sowjetischen Interessen mehr Verständnis aufbringen als für die amerikanische Politik;

Schaukelpolitik — die die Bundesrepublik Deutschland immer weiter von Amerika und vom westlichen Bündnis abkoppeln wollen und die schon heute außenpolitisch einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost das Wort reden, einer Politik zwischen Freiheit und Unfreiheit.

Diese Strategie hat in der Politik der SPD Methode. Sie ist angelegt auf Verunsicherung. Sie soll Zweifel ausstreuen, Angst machen, wo der offene Kurswechsel noch nicht gewagt werden kann. Aber, wenn der Sicherheitsgurt zur NATO erst einmal reißt, dann ist eine Katastrophe nicht mehr zu verhindern. Die Anzeichen sind deutlich.

Friedenspolitik der Union

Die Union hat bereits in den sechziger Jahren eine Politik des Ausgleichs auch mit dem Osten eingeleitet. Und aus dieser Erfahrung wissen wir:

Friedenspolitik kann nur gelingen, wenn die Bundesrepublik Deutschland fest im Westen verankert ist, wenn Solidarität mit den Vereinigten Staaten „groß“- und nicht „klein“geschrieben wird.

Wir können es keiner amerikanischen Mutter übelnehmen, die nicht versteht, daß ihr Sohn für die Freiheit in Deutschland mit seinem Leben geradestehen muß, wenn die Bundesregierung

selbst nicht mehr bereit ist, für die Freiheit der Deutschen Opfer zu bringen.

Grundlage unserer Sicherheit nach außen ist die Bundeswehr, der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Westens, der deutsche Beitrag zur Verhinderung des Krieges.

Bundeswehr

Die CDU steht zum Recht der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, sie unterstützt aber nicht die Wehrdienstverweigerung aus Bequemlichkeit.

Der Dienst in der Bundeswehr ist eine Pflicht, die junge Menschen für die Freiheit unseres Landes auf sich nehmen müssen. Die CDU sagt den Soldaten Dank für ihren Friedenseinsatz.

Bremen

Es war ein Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, als das Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten in Bremen nur unter Polizeischutz stattfinden konnte.

Das Ergebnis ist bekannt: die Veranstaltung fand unter unwürdigen Bedingungen statt; der Bundespräsident mußte ins Stadion eingeflogen werden; die Bürger waren am Zugang gehindert, Soldaten und Polizisten wurden von gewalttätigen Demonstranten zum Teil schwer verletzt.

Herbert Wehner hat sich für diese Vorfälle entschuldigt. Er weiß genau, verantwortlich war Schmidts SPD. Und er hat Recht. Aber das entschuldigende Wort reicht nicht. Das zeigen die Verschleierungsmanöver der SPD vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages zu Bremen. Wir wollen Taten sehen.

Volksfront

Denn auch auf anderen Gebieten, z. B. im Hochschulbereich, treffen sich immer häufiger Teile der SPD mit Kommunisten zu einer Aktionseinheit. Wir wollen, daß Schluß ist mit den Volksfrontpraktiken, wir wollen, daß Schluß ist mit der Zusammenarbeit zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten und Chaoten.

Die SPD dient in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht unserer Sicherheit.

Die CDU/CSU hält an den historischen Grundentscheidungen Konrad Adenauers fest. Zu ihnen gibt es keine Alternative, wenn wir auch in Zukunft Frieden und Freiheit erhalten wollen. Für uns war und ist die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis freier Staaten mehr als nur eine außenpolitische Entscheidung. Mit den Ländern des freien Westens teilen wir die Auffassung von einer freiheitlichen sozialen Demokratie.

Wir glauben nicht, daß der Sozialismus — in welcher Spielart auch immer — dem Menschen dient.

Frieden und Freiheit nach innen

Die SPD kennt keine Antwort auf die drängenden Fragen der Zukunft. Die SPD gibt auf die Probleme von heute Antworten von gestern. Auf die Fragen einer modernen Gesellschaft antwortet sie mit einer Ideologie des letzten Jahrhunderts, dem Sozialismus. Das hat verheerende Folgen.

Energie

Jeder muß wissen, der soziale Frieden und die Stabilität unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung können dauerhaft nur gesichert werden, wenn die Energie- und Rohstoffversorgung nicht gefährdet sind. Dabei ist die friedliche Nutzung der Kernkraft zur Sicherung unserer Energieversorgung unentbehrlich. Wer anderes behauptet, sagt nicht die Wahrheit.

Der SPD-Staat ist unfähig, diese Voraussetzungen zu sichern. Die Bundesregierung drückt sich um eine Entscheidung. Sie hat kein Konzept. Bei der SPD liest sich das so:

„Die Option für Kernenergie soll offen gehalten, die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, soll geöffnet werden.“ (Wahlprogramm)

Die SPD tritt mit Schmidt und Eppler gleichzeitig für und gegen die Nutzung der Kernenergie ein. Aber dieses sowohl als auch heißt nichts anderes: Mit der SPD Helmut Schmidts geht es nicht sicher in die achtziger Jahre, sondern sicher in die Energiekrise.

Staatsverschuldung

Wir behaupten nicht, jetzt bereits sei der SPD-Staat verwirklicht. Aber im Bereich der Steuern und Abgaben sind wir nach 10 Jahren SPD/FDP-Koalition dem SPD-Staat bereits sehr nahe gekommen. Steuern und Abgaben von 50 Pfennig von jeder zusätzlich verdienten Mark beim Durchschnittsverdiener. Obwohl SPD-Kanzler Schmidt täglich 500 Mio. Mark Steuern einnimmt, macht er täglich weitere 75 Mio. Mark Schulden.

Die Bundesrepublik Deutschland wird als Gesamtstaat Ende 1980 eine Verschuldung von 450 Mrd. DM haben. Davon der Bund alleine über 220 Mrd. DM.

Sozialisten schreckt das nicht. Wenn Schmidt so weiterwirtschaftet, treibt er uns in eine neue Währungsreform. Es ist kein Zufall, das wieder allenthalben davon geredet wird.

Als Franz Josef Strauß im Jahre 1969 einem sozialdemokratischen Finanzminister gleichsam die Kassen des Bundes übergab, hatte der Bund eine Gesamtverschuldung von 14 Mrd. DM und auch einige Milliarden Rücklagen. Das war nach 20 Jahren Politik der CDU/CSU, nach einer Zeit, in der ein zerstörtes Land wieder aufgebaut wurde, in der 8 Mio. neuer beruflicher Existenz geschaffen wurden. Und in diesem Jahr machen Schmidt und Matthöfer 25 Mrd. DM Schulden, d. h. doppelt soviel Schulden als wir in 20 Jahren. Dies ist eine vollkommen verantwortungslose Politik, die jeden Maßstab verloren hat.

Es ist eine Politik ohne Zukunft. Es ist eine Politik auf Kosten unserer Jugend, unserer Kinder, die einmal diese riesigen Vorbelastungen mit Zins und Zinsszinsen zurückzahlen müssen. Es ist eine Politik, die finanzpolitisch und moralisch nicht mehr verantwortlich ist.

Steuern

Wir müssen als erstes im Steuerrecht die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen fördern und Bremsklötze für das Wirtschaftswachstum beseitigen, d. h. z. B.

- die Automatik von heimlichen Steuererhöhungen muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden;
- es muß ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen geschaffen werden;
- die Investitionskraft der Betriebe muß durch steuerliche Entlastung insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern gestärkt und hierdurch ein Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze geleistet werden.

Der Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat muß ein für allemal gestoppt werden. Jeder Bürger muß wieder sehen, wofür er gearbeitet hat. Er ist mündig genug, um sein Geld selbst ausgeben zu können.

Arbeitslosigkeit

Die SPD hat der Bundesrepublik Deutschland ein Millionenheer an Arbeitslosen beschert. Dies ist ein bereits seit Jahren andauernder Skandal. 1969 waren 179 000 Menschen arbeitslos, über 700 000 Arbeitskräfte wurden gesucht: auf einen Arbeitslosen kamen mehr als vier Arbeitsplätze. Heute ist das Verhältnis umgekehrt. Geradezu ein niederschmetterndes Ergebnis für eine Partei, die sich als selbsternannte Arbeitnehmerpartei beim Wähler anbietet. Die SPD hat in den letzten Jahren durch eine falsche Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze vernichtet, jedoch keine neuen geschaffen.

Sozialistische Politik hat die Dauerarbeitslosigkeit geschaffen, sozialistische Politik steht diesen Problemen hilflos gegenüber.

1972 versprach die SPD: „*Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.*“

1976 erklärte die SPD: „*Wir werden uns nicht mit Arbeitslosigkeit abfinden.*“

1980 steht die SPD vor den gleichen Problemen und muß sich erneut in Versprechungen flüchten.

Aber mit sozialistischer Politik, mit dirigistischen Mitteln wie Staatskontrolle, Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung, Strukturräten — wie sie von der SPD immer wieder gefordert werden — lassen sich Probleme nicht lösen.

Mit einer Wirtschaftspolitik des Sozialismus, mit einer Wirtschaftspolitik der Vergangenheit werden die Probleme von heute auch in Zukunft nicht gelöst.

Sichere Arbeitsplätze

Notwendig ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft. Nur dadurch kann den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnet werden. Wir wissen aus zwanzigjähriger erfolgreicher politischer Erfahrung: eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung der Vollbeschäftigung. Es gehört dabei zu den Grundsätzen christlich-demokratischer Politik, daß wir uns besonders um die Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Frauen, ältere Arbeitnehmer bemühen.

Gesellschaftspolitik

Rentenbetrug

Die seit 1972 von der SPD in die Welt gesetzte Lüge von den sicheren Arbeitsplätzen wird nur noch übertroffen von dem 1976 begangenen Rentenbetrug. Nachdem Schmidt die Sicherheit der Renten versprochen hatte, wurde die Steigerung der Renten nach der Wahl vom Bruttolohn abgekoppelt.

Sinkender Lebensstandard

Durch die Rentenkürzung der SPD verliert jeder Rentner im Durchschnitt in diesem Jahr 1 313,— DM seiner Jahresrente. Das sind in 10 Jahren 16 600,— DM.

Der Bundesarbeitsminister bezeichnete in einem Interview mit dem Südwestfunk dies „als leichte Abweichung von der Brutto-lohnentwicklung“. Ehrenberg hat da leicht reden, denn er bekommt jeden Monat ein Ministergehalt ausgezahlt. Die Folgen für den einzelnen Rentner sind erheblich:

Die SPD hat es zu verantworten, daß der Lebensstandard der Rentner sinkt, denn die Preissteigerungsrate von 6 Prozent und mehr liegt heute weit höher als die Rentenanpassungssätze von lediglich 4 Prozent. Wir lassen es uns nicht nehmen, das eine Rentenkürzung zu nennen.

Einheitsrente

Und auch 1980 ist ein neuer Rentenbetrug nicht ausgeschlossen. Denn Herbert Wehner will eine Mindestrente einführen, eine Rente — unabhängig von der Leistung.

Dies ist ein Schritt in die sozialistische Einheitsrente. Die SPD sieht sich einem alten sozialistischen Plan näher. Der SPD-Staat würde diesen Plan verwirklichen. Die Rentner wären die Dummen.

Unsere älteren Mitbürger, die Jahrzehnte schwer gearbeitet haben, müssen im Alter in Sicherheit leben können.

CDU garantiert dynamische Rente

Darum garantiert eine CDU/CSU-Regierung die bruttolohnbezogene Rente, wir werden sie wieder einführen, so wie wir sie 1957 geschaffen haben. Für uns sind Renten keine Almosen, sondern ein schwer erarbeiteter Anspruch.

Familie

Es ist ein Skandal, eine verfehlte Politik, wenn in einem der reichsten Länder der Erde die Familie es sich leisten kann, ohne Kinder gut zu leben und mit drei Kindern den sozialen Abstieg vorprogrammiert bekommt. Deshalb müssen wir ganz ernsthaft in die steuerliche Entlastung und in den Familienlastenausgleich eintreten.

Da heiraten zwei junge Leute und verdienen jeder netto 1 500 DM, dann haben sie 3 000 DM. Dann haben sie drei Kinder, einer scheidet aus, dann hat der verbleibende samt Kindergeld nur noch 2 500 DM. Das gibt pro Kopf erst 1 500 DM, dann pro Kopf 500 DM. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn dann die mit drei Kindern von den anderen ausgelacht werden, weil die den zweiten Urlaub planen, und die anderen sich den nicht leisten können und dann sagen die noch lächelnd zueinander, hättest ihr aufgepaßt, ging's euch auch so gut wie uns. Das ist eine Frage der Ehrlichkeit einer Gesellschaft.

Der SPD-Staat mißtraut der Familie. Er betrachtet sie nicht als die Institution, auf der unsere Gesellschaftsordnung aufbaut, sondern er sieht sie als eine Sozialisationsagentur (Zweiter Familienbericht).

Und so heißt es im Zweiten Familienbericht, von dem sich die SPD nie distanziert hat:

„Die Erziehung der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe besonderer Art und Bedeutung. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben überträgt unsere Gesellschaft Familien und außefamiliären pädagogischen Einrichtungen.“

Da ist vom „Erziehungsmonopol der Eltern“ die Rede und angestrebt wird eine „soziale Kontrolle elterlichen Erziehungshandelns“, denn „die private Verfassung des Familienraumes hindert genaue Transparenz und schnelle Intervention“.

Diese Vorstellungen gehören in totalitäre Gesellschaftssysteme, sie haben keinen Platz in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Für uns gilt der Satz: Die Familie muß wieder Mittelpunkt unseres eigenen Lebens werden. Die Familie ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit. Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates.

CDU-Programm für die Familie

Diese ganz entscheidende Feststellung des Grundsatzprogramms der CDU zeigt bereits den Weg für eine neue Familienpolitik. Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, könnte uns allen teuer zu stehen kommen. Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich ein sittliches und politisches Gebot. Die Union will diesen Ausgleich so gestalten, daß er weit stärker als bisher die Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter, anerkennt. Darum werden wir ein Bündel an Maßnahmen in die Wege leiten, um die Position der Familie in unserer Gesellschaft zu stärken:

- so ein Erziehungsgeld von 400,— DM monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr;
- so ein Mutterschaftsgeld auch für die in der Familie tätige Frau;
- so ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen;
- so eine Starthilfe für die Eltern, indem wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.

Wahlfreiheit der Frau

Diese Maßnahmen sind auch geeignet, die Wahlfreiheit der Frau herzustellen, ihr endlich die Möglichkeit zu geben, zu wählen: ob sie einen Beruf ausüben, in der Familie tätig sein oder beides miteinander verbinden will.

Kinder haben und Kinder erziehen ist für den SPD-Staat lediglich eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Wir werden den von der SPD heraufbeschworenen neuen Klassenkampf zwischen den Hausfrauen und den berufstätigen Frauen beenden.

Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Wenn wir, die Union, uns mit Fortschritt befassen, so gehen wir von unserem christlich geprägten Verständnis vom Menschen aus. Wir wissen, der Mensch ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Hier stehen wir im Gegensatz zum Sozialismus, der den Menschen immer die letzten Wahrheiten vermitteln will. Die Freiheit des Menschen beruht auf einer Wirklichkeit, die unsere menschliche Welt überschreitet. Ohne Ideologisierung, in dem Wissen, daß das Machbare Grenzen hat und daß wir bei der Weiterentwicklung der Technik eine große Verantwortung übernommen haben, treten wir für einen menschlicheren Fortschritt ein.

Wir haben in der Vergangenheit erlebt, daß der Einklang zwischen der Politik der SPD/FDP-Regierung und die Erwartungen der Bürger auseinanderlaufen. Denn Teile der SPD bekämpfen die Technik, anstatt Technik menschlicher zu gestalten. Sie predigen das „Nullwachstum“ und so aber zugleich Stillstand und Rückschritt.

Wir aber wissen: Ohne technische Neuerungen gibt es keine solide Zukunft. Wir sind dabei nicht blind für jedwede Neuerung, sondern wir wollen den Fortschritt zum Wohle der Bürger einsetzen. Das heißt: Wer Computer einsetzt, muß dafür sorgen, daß die Bürger verstehen, was ihnen durch den Computer mitgeteilt wird. Nicht die Menschen haben die Computersprache zu erlernen, sondern die Computer müssen so programmiert werden, daß die Menschen sie verstehen können.

In den Büros und Werkhallen sind in den letzten Jahren neue Arbeitstechniken eingeführt worden. Diese Techniken haben nicht nur positive Auswirkungen auf die Belastungen der dort arbeitenden Menschen und die Arbeitsmethoden. Aber die Alternative hierzu kann nicht lauten, daß solche modernen Arbeitstechniken nicht eingeführt werden. Die Alternative muß vielmehr lauten: diese Arbeitstechniken werden den arbeitenden Menschen angepaßt; die Arbeitsplätze werden menschengerechter gestaltet und die Erholungsphasen durch eine verstärkte Arbeitsabwechslung werden verlängert. Arbeitsteilung und Rationalisierung dürfen dabei nur soweit vorangetrieben werden, als sie menschlich erträglich und sozial zu verantworten sind.

Einen solchen menschlicheren Fortschritt, in dem sich der Bürger wieder „zu Hause“ fühlen kann, kann nur mit der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden. Sie ist allen anderen Wirt-

schaftsformen überlegen. Dies hat sie bewiesen in der Zeit seit 1949. Aber das gilt auch heute. Sie hat nicht nur eine „ökonomische“, sondern auch eine „ökologische“ Zukunft. Sie ist das Wirtschaftssystem, in dem wir unsere Umwelt so menschlich gestalten können, daß es Spaß macht, in ihr zu leben.

Zusammenfassung

SPD-Staat

Noch leben wir nicht in einem SPD-Staat. Aber der Griff nach der absoluten Mehrheit durch die SPD wird immer ungenierter. Vielen Genossen geht der Marsch in den SPD-Staat nicht schnell genug. Sie haben schon mehrfach dem eigenen Kanzler bei wichtigen Abstimmungen die Mehrheit im Bundestag verweigert, weil er nicht schnell genug mitmarschierte.

Im nächsten Bundestag werden die Linksaßen der SPD das Marschtempo diktieren können: Ihre Anzahl wird sich verdoppeln. Die FDP ist dabei kein Hindernis, denn sie sind Filialdemokraten der SPD geworden.

Es gehört zu den unverzichtbaren Grundüberzeugungen der Union: Jeder einzelne hat das Recht auf ein Leben nach eigenen Vorstellungen und er ist verantwortlich für sich. Der freiheitliche Staat zeichnet sich dadurch aus, daß er dem einzelnen Leben, Freiheit und das Recht, sein Glück zu finden, garantiert — so die klassische Formulierung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. In den achtziger Jahren geht es um die Frage, ob er in Zukunft dieses Recht und die Möglichkeit, es zu gebrauchen, haben wird.

Es geht um die Frage, welche Konsequenzen die Verwirklichung eines SPD-Staates für den einzelnen hätte. Betrachten wir einmal den Lebenslauf eines Bürgers in einer Gesellschaft, die von der SPD geformt würde.

Mensch im Sozialismus

Der Mensch in der sozialistischen Gesellschaft wird nicht in eine Familie, sondern in eine Sozialisationsagentur hineingeboren. Da sich die Mutter allein im Beruf selbstverwirklichen kann, kommt er in die Obhut einer Tagesmutter, die Mutter selbst ist nur noch Nachtschwester; anschließend kommt er in eine Kinderverwahranstalt, da die Eltern ja angeblich Vorurteile an die Kinder weitergeben und ein zu enger Kontakt mit den Eltern anscheinend zu lebenslangen Schädigungen führt; ist der Mensch schulpflichtig geworden, wird er täglich mit dem Schulbus in eine mehrere tausend Schüler umfassende Gesamtschule gefahren, wo

er weder angeblich so überflüssige Einrichtungen wie Klassenlehrer oder Klassenkameraden kennenlernen; danach wird er in einer durch Fonds finanzierten überbetrieblichen Lehrwerkstatt ausgebildet und verbringt ein freudloses Berufsleben in einem Staatsbetrieb. Als Familienvater oder -mutter kann es einem widerfahren, daß er ständiger Gast im Jugendamt ist, damit hier seine Streitigkeiten mit den Kindern geschlichtet werden können.

Da sozialistische Politik nichts von dem Menschen hält, der nicht im Produktionsprozeß steht, muß dieser sozialistische Mensch nach seiner Pensionierung in ein Altenghetto, wo ihm die Heimleitung monatlich aushändigt, was von seiner Einheitsrente nach Abzug der Heimkosten übrigbleibt.

Dies ist nicht Orwells 1984, dies ist keine Zukunftsvision. Dies ist die Zukunft, wenn die SPD ihre Politik ungehemmt durchsetzen kann.

Wenn wir dieser Zukunft entgehen wollen, so gibt es nur einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise: die CDU wählen.

Alternativen

Wir wollen nicht mehr Staat, sondern mehr private Initiative.

Wir wollen nicht mehr Schulden, sondern mehr Investitionen.

Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern mehr Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen nicht mehr Steuern, sondern mehr Lohn für mehr Leistung.

Wir wollen, daß der Staat für seine Bürger da ist.

Wir wollen, daß der Bürger wieder zu seinem Recht kommt.